

Der Union-FDP-Koalitionsvertrag in seinen wesentlichen Elementen

Wir haben bereits anlässlich der Koalitionsverhandlungen die Vermutung gehabt, dass das Ergebnis nichtssagend, unverbindlich, unseriös und unsozial sein würde. Und wir haben auch vorausgesagt, dass die Wahlversprechungen von Union und FDP eher dem Sprichwort gleichen „Der Berg kreiβte und gebar eine Maus“. Leider sind wir in unserer Auffassung bestätigt worden.

Zieht man die von der Groβen Koalition bereits beschlossenen Steuerentlastungen ab, bleiben etwa sieben Milliarden Steuererleichterungen für 2010 – aber man darf die neue Mehrwertsteuer auf Müllgebühren nicht vergessen, die die „kleinen Leute“ besonders treffen wird. Ab 2011 soll ein Tarfstufensystem bei der Einkommensteuer eingeführt werden.

Statt der Fortsetzung der bereits teilweise eingeführten Mindestlöhne sollen zukünftig „sittenwidrige“ verhindert werden, die sich am jeweiligen Branchendurchschnitt orientieren. Anscheinend fehlt eine konkrete Orientierung am Lebenshaltungsminimum.

Der Gesundheitsfonds bleibt vorerst; der Arbeitgeberanteil am Krankenversicherungsbeitrag soll auf sieben Prozent eingefroren werden, die Versicherten zahlen eine Pauschale (und tragen damit wohl auch zukünftige Kostensteigerungen).

Auch bei der Pflegeversicherung zahlen Angestellte neben ihrem bisherigen Beitrag eine Pauschale, mit der der steigende Pflegebedarf finanziert werden soll.

Der jährliche Kinderfreibetrag soll bis 2010 von 6024 auf 7008 Euro angehoben werden, das Kindergeld wird monatlich um jeweils 20 Euro erhöht.

Das sogenannte „Schonvermögen“ bei Hartz IV-Empfängern steigt von 250 Euro pro Lebensjahr auf 750 Euro (betroffen sind 0,35 Prozent der Hartz IV-Empfänger). Die selbstgenutzte Immobilie bleibt außer Ansatz (bisher bis zu einer bestimmten Wohnfläche); Hinzuverdienste werden erweitert (bisher 100 Euro).

Die Sperrung kinderpornografischer Internetseiten, die in der Groβen Koalition beschlossen wurde, wird zunächst für ein Jahr ausgesetzt.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen bis 2013 um insgesamt zwölf Milliarden Euro steigen.

Die Wehrdienstzeit soll von neun auf sechs Monate verringert werden.

Die Laufzeit für „sichere“ Atomkraftwerke wird verlängert. Gorleben wird als mögliches Endlager für Atommüll weiter geprüft.

Landwirte sollen in den nächsten zwei Jahren mit 750 Millionen Euro unterstützt werden.